

32. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 23.06.2022

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

Gegenstand: Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern

Wünsche, Fragen oder Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern liegen nicht vor.

Gegenstand: Einführung eines örtlichen zu Speyer passenden Symbols in Lichtzeichenanlagen für Fußgänger; Antrag der Stadtratsfraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und SWG vom 16.05.2022
Vorlage: 1115/2022

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

In der Begründung nimmt Frau Rehberger Bezug das positive Feedback der Verwaltung auf die schriftliche Anfrage vom März 2022 zur Machbarkeit dieses Vorhabens. Dazu hätte die SWG noch einige Nachfragen.

Herr Nolasco erläutert, die Verwaltung beschäftige sich schon seit einiger Zeit mit dem Thema. Die ursprünglich genannten Kosten in Höhe von rd. 8.000,00 € bezogen sich auf eine größere Anzahl der Ampelanlagen. Aktuell sind nur die Anlagen an der Umzugsstrecke des Brezelfestumzuges (Rauschendes Wasser, Bahnhof, Hirschgraben, Obere Langgasse, Untere Langgasse, Mühlturnstraße/Postplatz) vorgesehen. Damit reduzieren sich die Gesamtkosten auf ca. 4.000 €. Die Kostenunterschiede zu Landau könnten sich beispielsweise aufgrund eines anderen Anbieters bzw. dessen Vertragsverhältnisse mit der Kommune, größerer Stückzahlen etc. ergeben.

Er schlägt vor, bei einer Annahme des Antrages durch den Stadtrat im ASBK im September 2022 Symbolvorschläge seitens der Verwaltung zu präsentieren. Die Einholung eines Stimmungsbildes zu den unterschiedlichen Designvorschlägen ist grundsätzlich möglich, z.B. mittels Befragung oder ein Online-Voting.

Nach dem Beschluss durch den Stadtrat kann die Beauftragung erfolgen. Die Produktion der Blenden mit dem neuen Symbol benötigt ca. zehn Wochen. Der Austausch kann, um zusätzliche Kosten zu sparen, dann sukzessive im Rahmen der Wartung der jeweiligen Ampelanlagen erfolgen. Ziel ist jedoch, alle in Frage kommenden Anlagen zum Brezelfestumzug 2023 umgerüstet zu haben.

Nach Auffassung von Herrn Schneider ist der Antrag zunächst einmal nicht korrekt gegendert, weil er nur von „Fußgängern“ in der männlichen Form spricht; es wird gebeten, seitens der Verwaltung zu prüfen, ob dies Vorsatz ist. Der Antrag löst ein Problem, das es gar nicht gibt. Der personelle und finanzielle Aufwand dafür sei viel zu hoch. Wenn denn der Beschluss gefasst wird, schlägt er als Ampelsymbol das Antifa-Zeichen vor, das gäbe es schon und damit wüssten alle sofort, woher der politische Wind in Speyer weht.

Die SPD hingegen unterstützt den Antrag durch Herrn Gottwald.

Herr Oehlmann bringt ins Gespräch, das Ganze stadtweit auszuweiten. Im Ausschuss könnte man vertieft darüber sprechen. Aus Sicht der FDP wäre auch eine Form von Sponsoring denkbar. Die Vorsitzende greift die Idee einer Marketingmaßnahme mit Sponsoring gerne auf.

Herr Popescu unterstützt für die Linke ebenfalls den Antrag und den Verfahrensvorschlag von Herrn Nolasco. Eine solche Maßnahme kam in vielen Städten bereits gut an.

Das Thema hat für die Grünen laut Herrn Czerny nicht erste Priorität, man sollte es aber mit einem Lächeln aufgreifen. Als Symbol hätte er als Idee z.B. das Altpörtel mit Armen und Beinen.

Herr Ableiter spricht von einer „putzigen“ Idee. Es sei schön, auch über nicht so Wichtiges zu sprechen. Man sollte es auf die Innenstadt begrenzen und es sollte aber auch ein „Brezelfrauchen“ geben. Seines Wissens ist in der StVO eine erkennbare Person als Ampelsymbol vorgeschrieben.

Herr Oehlmann würde zumindest auf den Zugangsstraßen eine Umrüstung vornehmen. Die Vorsitzende weist darauf hin, dass es um die Fußgängerampeln geht, nicht um die Autospuren.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 1 Gegenstimme: WG Schneider, und drei Enthaltungen: Ziesling – B90/Grüne, Faust – Linke, Haupt – AfD):

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für die Umrüstung der Fußgängerampeln in der Innenstadt mit zu Speyer passenden Ampelsymbolen zu erarbeiten. Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion ist dieses Konzept und die Motive in dessen Septembersitzung 2022 zur Entscheidung vorzulegen.

Gegenstand: Mülleimer im Innenstadtgebiet; Antrag der Stadtratsfraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und SWG vom 13.06.2022
Vorlage: 1122/2022

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

In der Begründung führt Frau Rehberger aus, dass Müll in der Stadt immer ein Thema ist. Es wurde an die Fraktion herangetragen, dass speziell in den Seitenstraßen Müllbehälter für diejenigen, welche die Stadt sauber halten wollen, schwer zu finden seien.

Die Vorsitzende erinnert daran, dass diese Diskussion auch um Haushaltsmittel und entsprechende personelle Aufstockung geführt werden muss.

Herr Gottwald erklärt, dass dies schon öfter Thema war, auch in den Stadtteilen. In der Vergangenheit wurden eher weniger Mülleimer aufgestellt, weil das Credo war, dass weniger Mülleimer auch gleichbedeutend mit weniger Müll seien. Auch personell wurde seiner Meinung nach reduziert. Man darf es nicht nur auf die Innenstadt begrenzen, da an einigen Stellen Nachholbedarf besteht.

Herr Nolasco erläutert, dass die optimale Anzahl an öffentlichen Mülleimern im Satzungsgebiet (Maximilianstraße und Nebenstraßen) vor allem in der Abhängigkeit vom Bedarf, der personellen Leistungsfähigkeit, die Mülleimer leeren zu können, sowie den im Haushalt zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erwerb steht.

In einem ersten Schritt war es in den vergangenen Jahren erforderlich, größere und attraktivere Müllbehälter auf der Maximilianstraße zu platzieren, deren Investitionskosten mit einem Preis von über 1.000 € netto pro Stück dem investiven Finanzhaushalt zuzuordnen sind. In Abhängigkeit zu anderen Investitionen in der Abteilung 560 sind für das laufende Haushaltsjahr keine weiteren Investitionen für zusätzliche Mülleimer im investiven Finanzhaushalt vorgesehen. Lediglich im Ergebnishaushalt 2022 stehen Mittel für 20 Mülleimer bzw. Dog-Stationen an anderen Örtlichkeiten in Speyer zur Verfügung. Aus diesem Haushaltsansatz mussten bereits aufgrund von Beschädigungen durch unbekannte Schadensverursacher drei Mülleimer auf der Maximilianstraße ersetzt werden.

Grundsätzlich ist vorgesehen, auch in den Nebenstraßen der Fußgängerzone Mülleimer zu platzieren. In der Korngasse sollen zwei Mülleimer platziert werden. An der Ecke Große Greifengasse / Johannesstraße kommt wieder ein Mülleimer mit Dog-Station zum Einsatz, der aufgrund einer Baustelle entfernt werden musste. In der Wormser Straße wird ein weiterer Mülleimer für notwendig angesehen; für den aber aufgrund der intensiven gastronomischen Nutzung (z.B. Außensitzbereiche der Restaurants) bisher kein geeigneter Platz gefunden werden konnte.

Ein Blick auf die Karte verdeutlicht, wie viele Entsorgungspunkte von der Stadt bereits in den vergangenen Jahren eingerichtet wurden. Die Anzahl von Müllsammelbehältern in der Innenstadt lag im Jahr 2016 bei 527 Stück. Bis zum Jahr 2021 konnte die Anzahl der genannten Behälter auf 558 Stück erhöht werden. Zusätzlich wurden 47 Dog-Stationen aufgestellt. Das heißt in Summe beträgt die Anzahl der Müllsammelbehälter nun 605 Stück. Eine weitere Steigerung der Stückzahlen zieht zwangsläufig eine Budgeterhöhung im Haushalt des Baubetriebshofes nach sich. Um dieser Entwicklung entgegen zu steuern sind Maßnahmen zur Müllvermeidung und das Unterbinden von wilden Müllablagerungen zusätzlich erforderlich.

Herr Oehlmann signalisiert grundsätzliche Unterstützung und schließt sich den Ausführungen der antragstellenden Fraktion an. Für die FDP regt er an, den Prüfauftrag für eine Betrachtung auf das ganze Stadtgebiet auszudehnen, z.B. in Speyer-Süd, und die Größe der Behälter an die Bedürfnisse anzupassen. Dies erfolgt laut Vorsitzender bei Begehungen oder aufgrund der Beschwerdelage.

Herr Ableiter vergleicht den Zustand heute mit dem vor 15 Jahren. Heute ist es viel weniger Einkaufsstraße als eine italienische Flanier- und Freizeitmeile. Dazu kommen die Touristen und Jugendliche. Die Behältergröße wurde bereits verbessert. Man sollte das Angebot auch auf die Seitenstraßen ausdehnen, mit einer Tourismusabgabe als Finanzierungsquelle.

Herr Czerny sieht eine ungleichmäßige Verteilung der Behälter. Zielsetzung müsse natürlich die Müllreduzierung sein, gerade bei den Jüngeren. Die Vorsitzende verweist auf die Berichterstattung zum bevorstehenden Workshop im Industriebetrieb bezüglich Plastikreduzierung

Herr Dr. Wilke weist ebenfalls auf die Notwendigkeit der Müllvermeidung hin. Das Thema der Unterflurbehälter wurde schon vor 4 Jahren von der CDU zur Debatte gestellt, weil es auch den Personalbedarf senkt. Unter dem Vorgänger im Fachbereich 5 wurde eine Ausarbeitung dazu zugesagt, vielleicht wäre es nun Zeit dafür. Die Vorsitzende sagt eine Behandlung im ASBK nach der Sommerpause zu.

Herr Popescu stellt in Abrede, dass weniger Behälter weniger Müll bedeuten. Außerdem möchte die Linke eine Lanze für die Jugend brechen, die viel besser sei als ihr Ruf. Nicht Wenige sammeln sogar Müll auf anstatt ihn zu verursachen. Die Stadt sollte eine Doppelstrategie fahren: Müll sehen, Müll bekämpfen und dafür Maßnahmen ergreifen. Außerdem erinnert er an den pandemiebedingten Müll, wenn z.B. 3 Plastikteile für einen Aperol Spritz über die Theke gehen.

Frau Dr. Montero Muth könnte sich auch Smarte Mülleimer mit Solarbetrieb vorstellen, die automatisch melden, wenn sie voll sind.

Frau Münch-Weinmann sieht den Workshop als erstes Angebot in einer zweiteiligen Veranstaltung, die auch vom zuständigen Ministerium und der Umweltbehörde getragen wird.

Die Vorsitzende kündigt zusätzlich eine Veranstaltungssatzung im Herbst an, nach der bei Veranstaltungen kein Einweggeschirr mehr gestattet sein wird.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, dem Antrag der Kooperation auf Einrichtung weiterer Müllbehälter in den Nebenstraßen der Maximilianstraße schrittweise im Rahmen des jeweils zur Verfügung stehenden Budgets zuzustimmen.

**Gegenstand: Erfassung und Bewertung von Dunkelräumen in Speyer;
Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 11.06.2022
Vorlage: 1123/2022**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Hoffmann weist in der Begründung darauf hin, dass viele Menschen ein unsicheres Gefühl in bestimmten Bereichen haben und erinnert dabei an eine Anregung von Stadtführer/innen für zentrale Wege im Domgarten 2018. Notwendig sei eine ganzheitliche Betrachtung auch mit Jugendlichen und dem Jugendstadtrat. Allerdings sollte man das Thema von allen Seiten „beleuchten“, weshalb er ein abgestuftes Vorgehen vorschlägt. Zunächst eine Erfassung mit den genannten Gruppen, danach eine Beratung des Ergebnisses in den Gremien. Sicherheit dürfe dabei nicht gegen Naturschutz ausgespielt werden.

Die Vorsitzende wirft ein, man dürfe dabei die Frage der Haushaltsmittel nicht aus dem Blick lassen. Nach Auffassung von Herrn Nolasco (Fachbereichsleitung 5) ist grundsätzlich zu berücksichtigen, dass dieses Thema - voraussichtlich bis Ende 2022 - den Gesetzgebungsprozess in Form einer Änderung des Naturschutzgesetzes durchläuft, in dessen Rahmen auch entsprechende Regelungen zur Eindämmung der Lichtimmissionen getroffen werden sollen. Seitens der Stadtverwaltung wird daher angeraten, den gesetzgeberischen Prozess abzuwarten, um auf der neuen Rechtsgrundlage zu agieren.

Da die Analyse und Konzepterstellung zur differenzierten Betrachtung von Dunkel- bzw. Angsträumen sowie die Entwicklung von geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung von Missständen für das gesamte Stadtgebiet einen hohen Arbeitsaufwand erwarten lässt, wird seitens der Verwaltung vorgeschlagen, dieses Thema in das Aufgabenportfolio 2023 zu übernehmen; zumal in Anbetracht der Aufgabenfülle aktuell weder im Fachbereich 2 noch im Fachbereich 5 oder bei den Stadtwerken ausreichend Personalkapazitäten sowie finanzielle Mittel für einen Partizipationsprozess zur Verfügung stehen.

Für das Stadtgebiet Speyer sieht die Verwaltung in der Tendenz die folgende Zielrichtung:

1. In Außenbereichen sollte dem Naturschutz und damit der Verringerung der Lichtverschmutzung Priorität gegeben werden, ebenso in weitläufigen Parkanlagen (Domgarten, Woogbachtal). Im Zuge einer Konzepterstellung sollte über eine Reduzierung der Beleuchtung in verschiedenen Bereichen nachgedacht werden. Dabei ist zu prüfen, ob auch eine kommunale Richtlinie (siehe Beispiel Stadt Fulda - [Satzung der Stadt Fulda über den Umgang mit gestalterischem Licht](#)) zielführend sein könnte.

Problematisch sind Außenbereiche, in die der Mensch mit seinen Nutzungsansprüchen immer weiter eindringt, wie z.B. die im Antrag erwähnte Einrichtung hinter der Walderholung „Fifties“: Dabei können intelligente technische Lösungen helfen, wie z.B.

- Bewegungsmelder oder andere Möglichkeiten einer zeitlichen Begrenzung
- möglichst punktgenaue Ausrichtung auf den Boden, ohne Streulicht zur Seite oder nach oben
- Verwendung eines insektenfreundlichen Lichtspektrums.

2. Im Innenbereich können im Zuge des Unterhalts funktionaler und gestalterischer Beleuchtungen entsprechende Verbesserungen der Sicherheit im öffentlichen Raum erzielt werden. An manchen Stellen sollte aber auch über die Reduzierung von Beleuchtung nachgedacht werden; insbesondere in Bereichen in denen beleuchtete Alternativwege zur Verfügung stehen.

Die Bearbeitung des Themas sollte hinsichtlich der Vorgehensweise, Handlungsfelder und Maßnahmen auch in enger Abstimmung mit den Mitgliedern des Kriminalpräventionsrates erfolgen, in dessen Sitzungen 2023 fachliche Diskussionen, ggf. mit Ortsbegehungen, vorgesehen sind.

Herr Gottwald signalisiert für die SPD grundsätzliche Unterstützung für das Thema, das in vielen Kommunen eine große Rolle spielt. Er würde jedoch den Begriff „Dunkelraum“ durch „Angsträum“ ersetzen, handelt es sich doch oft um subjektives Angstpfinden. Den Kriminalpräventiven Rat sollte man einbinden und Aufklärung auch digital betreiben. Das Thema darf nicht instrumentalisiert werden, vor 50 Jahren war eben nicht alles besser, gab es auch Kriminalität. Ein Lichtkonzept über Satzung zu regeln, sei ebenfalls ein guter Ansatz.

Die Vorsitzende informiert über einen interessanten Beitrag im ZDF zu diesem Themenfeld. Die Links zur Mediathek werden dem Protokoll beigefügt:

<https://www.zdf.de/wissen/terra-xpress/weiblich-jung-und-clever-100.html>

<https://www.praeventionstag.de/nano.cms/personen/id/1816>

Herr Czerny deutet teilweise Unterstützung durch die Grünen an, da es auch Bereiche gibt, die nachts zu hell sind, z.B. der Sankt-Guido-Stifts-Platz. Er würde einen Antrag ankündigen, dass auch Helligkeit überprüft wird, was durch die Ankündigung der Verwaltung aber obsolet werde. Viele Straßenleuchten werfen Lichtkegel in die falsche Richtung in den Himmel. Gute Beispiele für eine umweltverträgliche Lösung kämen aus Slowenien.

Herr Ableiter unterscheidet die Begriffe Dunkel- und Angsträume. Dunkelheit steigert die Zahl der Straftaten, das sei Fakt und kein subjektives Empfinden. Er spricht sich für eine Untersuchung in den Wohngebieten aus, dort sollte man keine Dunkelräume zulassen. Gleichzeitig appelliert er an Stadt und SWS bezüglich der eingesetzten Leuchtmittel. Durch die richtige Wellenlänge lassen sich diese für Insekten entschärfen.

Herr Schneider stellt fest, das „Prädikat Stadt mit Courage-Stadt ohne Rassismus“ (SmC-SoR) verdeutliche doch eine Wesensart der Speyerer – Courage, also Mut. Dieser Antrag sei ein Auswuchs der übereifrig grotesken Überbemutterung des Jugendstadtrates. Zunächst wird für 70.000 € ein Jugendzentrum errichtet und dann sind die letzten 20 Meter bis dahin zu viel zum Laufen und es muss ein Nachttaxi her, während man für FFF und Klimaschutz die Schule schwänzt. Zusätzlich will man auch noch alle dunklen Ecken nachts ausgeleuchtet haben. Sollte es tatsächlich Bereiche mit einer prekären Sicherheitslage geben, dann muss die Politik diese benennen und auch die Ursachen dafür nennen. Der Forderung der Bundesregierung nach Stromsparen kann auch bei der Nachtbeleuchtung Rechnung getragen werden.

Herr Ziesling unterstreicht zunächst, dass sich die Jugendlichen bei FFF für die Umwelt engagieren. Andererseits hebt er die Notwendigkeit zum Schutz der bedrohten Arten hervor, auch vor übermäßiger Lichtverschmutzung. Das BNatSchG wird aktuell diesbezüglich novelliert.

Die Linke möchte laut Herrn Popescu keine Anträge für Dinge stellen, die von der Verwaltung ohnehin schon bearbeitet werden. Er hätte dann aber die Ergänzungsfrage, in welchen Bereichen Beleuchtung weggenommen werden kann, um den Artenschutz zu gewährleisten. Belegt sei, dass Räume, die nicht einsehbar sind, auch Angsträume sind und zu Tatorten werden. Allerdings ist ein Angsträum nicht immer nur dunkelheitsbedingt, sondern kann auch baulicher Art sein. Er unterstreicht, je lebendiger die Innenstadt ist, umso sicherer wird sie.

Die Vorsitzende sagt zu, das Satzungsmuster der Stadt Fulda mit dem Protokoll zur Verfügung zu stellen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 1 Gegenstimme: WG Schneider und 1 Enthaltung: AfD):

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, dem Jugendstadtrat und den Schulen relevante Dunkelräume in Speyer zu erfassen und diese unter Berücksichtigung der Belange des Naturschutzes zu bewerten, zu priorisieren und die notwendigen Verbesserungen umzusetzen.

Gegenstand: Kostenlose Menstruationsprodukte für Schülerinnen an Speyerer Schulen; Antrag der Stadtratsfraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 13.06.2022
Vorlage: 1124/2022

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende berichtet über eine wohlwollende Aufnahme des Antrags im Stadtvorstand. Für den Haushalt 2023 waren dafür bereits Mittel vorgesehen. Das Gymnasium am Kaiserdom (GaK) und die Burgfeldschule halten ihres Wissens bereits ein solches Angebot aus schulischen Mitteln vor.

In ihrer Begründung verdeutlicht Frau Zachmann, dass die Erfahrungswerte aus dem Schulbetrieb sehr positiv seien. Es gehe auch nicht um eine dauerhafte Versorgung mit den Hygieneartikeln, die auch nicht dafür gedacht sind, sie massenhaft nach Hause mitzunehmen. Das Angebot richtet sich vor allem an Mädchen zwischen 13 und 15, sollte die Regel unvorhergesehen auftreten.

Hielt Herr Ableiter den Antrag aufgrund der Formulierung noch für übertrieben, unterstützt er ihn nach der mündlichen Erläuterung doch gerne, soweit es darum geht, bei einem Malheur zu helfen.

Auch die FDP signalisiert durch Frau Hofmann Unterstützung. Sie regt an, gerne mal mit örtlichen Drogeriemärkten bezüglich Sponsoring Kontakt aufzunehmen.

Die Menstruation ist laut Frau Bott ein Thema, das verstärkt in den Fokus rückt. Sie tritt gerade bei jungen Mädchen sehr unregelmäßig auf und ist für viele neu und tabubelastet. Daher kündigt sie einen Ergänzungsantrag der SPD für den Sozialausschuss an, dieses Thema auf den gesamten öffentlichen Raum auszudehnen, z.B. auch bei Veranstaltungen.

Herr Schneider kritisiert in scharfer Form, dass wieder bedauernswerte Minderheiten aufspürt werden müssen, die man in ihrer Benachteiligung bemuttern kann. Er sieht eine klare Eigenverantwortung für die persönliche Hygiene, auch in der Schule. Für Tattoos, Nagel- und Sonnen- bzw. Fitnessstudios sowie Piercings scheint indes ausreichend Geld vorhanden zu sein, dafür aber nicht. Diskriminierend sei zudem, dass sich der Antrag nur an Mädchen wendet und Jungen nicht berücksichtigt, die sich als Frau fühlen. Weiterhin wendet er sich auch entschieden gegen die Verwendung der Regenbogenfahne auf dem Stadthaus und das „Wächteramt“ der Gleichstellungsbeauftragten.

Die Vorsitzende erwidert, ihr sei nicht klar, ob das gerade Satire war; ein Blick auf die WGS-Webseite zeige aber, dass es seine tatsächliche Meinung sei. Es spricht zu ihm ein Teil dieser bedauernswerten Minderheit, die nun mal die Hälfte der Bevölkerung ausmacht.

Die Rückfrage von Herrn Popescu, wo sich diverse Männer vielleicht die Tampons einführen sollen, wird aus dem Zuschauerbereich mit dem Zwischenruf: „In die Nas!“ quittiert.

Hier werde ein jahrzehntelanges Tabuthema angesprochen, für das er als Gastronom immer Produkte vorgehalten hatte, wenn bei Kundinnen ein überraschendes Problem auftrat. Deshalb sei es richtig, darüber nachzudenken, Hygieneartikel vielleicht auch in öffentlichen Toiletten zur Verfügung zu halten. Aus dem Vortrag eben sprachen der gelebte Machismo und präjudizierte Vorurteile gegen eine ganze Generation.

Frau Rehberger erläutert, die Schülerversretung (SV) am GaK habe das als wichtiges Thema erkannt. Nichts enttabuisiert mehr als über Probleme zu sprechen. Sie äußert den Wunsch, dass weitere SV'en ähnliche Projekte starten und sich für solche Notfälle einsetzen.

Frau Keller-Mehlem erklärt, man habe eben ein Lehrstück für den Umgang bestimmter Kreise mit diesem Thema erlebt. Sie weist auf ein Buch von Franka Frei hin (Periode ist politisch). Es geht auch um ein Stück Bewusstseinsbildung und eine darüber hinausreichende Dimension, da jeder wohl die spöttische Bemerkung kennt, die hat wohl ihre Tage, wenn eine Frau in Diskussionen nicht sofort zustimmend agiert. Die Kosten für Hygieneartikel belaufen sich im Leben auf über 20.000 €. Während in Deutschland die Mehrwertsteuer dafür auf 7 % gesenkt wurde, erfolgt in Schottland eine kostenfreie Abgabe im öffentlichen Raum. Die Wirtschaftsförderung sollte wegen Sponsoring durch Firmen sensibilisiert werden.

Aus Sicht von Herrn Haupt ist auch dieses Thema ideologiegerieben, wie „free bleeding“ und was es da alles so gibt in den sozialen Kanälen. Das Thema geht niemanden etwas an, ist Intimsphäre/Privatsache und soll es auch bleiben. Man sollte es unterlassen, andere Leute mit solchen Dingen zu belästigen.

Frau Zachmann unterstreicht, sie sieht die weibliche Regel nicht als „Malheur“ an, sondern als einen ganz normalen biologischen Vorgang, für den man sich nicht entschuldigen muss. Aus Sicht der Grünen sollte man sich auch um nachhaltige Produkte bemühen. Herr Ableiter konkretisiert seine Aussage Malheur auf den Fall, wenn es unvorbereitet passiert.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 2 Gegenstimmen: AfD, WG Schneider) die Bereitstellung kostenloser Menstruationsprodukte in Notfällen für Schülerinnen an weiterführenden Schulen mit Beginn des Schuljahres 2023/24 durch die Stadt Speyer als Schulträger.

Gegenstand: Parkraumbewirtschaftung; Anfrage und Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.06.2022
Vorlage: 1125/2022

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Czerny verweist auf einen Antrag der Grünen vor 2 Jahren, der eigentlich in den Verkehrsausschuss verwiesen und dort behandelt werden sollte.

Die Vorsitzende beantwortet den Anfrageteil wie folgt:

zu 1.) Bericht zum Sachstand des Prüfauftrages vom 27.08.2020 zur Überarbeitung der städtischen Parkraumbewirtschaftung.

Die Thematik wurde im Verkehrsausschuss behandelt. Einzelaspekte aus dem Antrag vom August 2020 wurden bereits aufgegriffen, wie z.B. die Umnutzung von PKW-Stellplätzen zu Fahrradabstellanlagen im Mittelkämmerer oder der Baumschutz im Bereich des Feuerbachparks.

zu 2.) Bitte an die Verwaltung im Rahmen der Bearbeitung des Prüfauftrages einen Erörterungstermin zum Parkraumbewirtschaftungskonzept der Stadt Landau durchzuführen

Seitens der Verwaltung wird angefragt, ob die Stadtverwaltung Landau, vielleicht auch der zuständige Verkehrsdezernent, grundsätzlich bereit ist, über die Erfahrungen in der Umsetzung ihres kommunalen Parkraumkonzeptes (Erhöhung Anwohnerparkgebühren, Jahrestickets, Verdrängung in bestimmten Bereichen) im Rahmen eines Erörterungstermins (ggf. auch kombiniert mit einer Stadtbegehung) nach der Sommerpause zu berichten.

Es bedarf ohnehin einer Diskussion um Parkgebühren allgemein. So soll das Busparken auf dem Festplatz im kommenden Jahr kostenpflichtig werden. Zudem ist eine Abstimmung auch mit dem Nahverkehrsplan erforderlich und die Diskussion um Parkdecks oder Quartiersparken zu führen

Herr Nolasco führt zum weiteren Verfahren aus, dass seitens der Verwaltung daher vorgeschlagen wird, das Konzept zur Parkraumbewirtschaftung zusammen mit dem Anwohnerparkkonzept und der Parkgebührensatzung (Stand Dezember 2012) - unter Berücksichtigung der Anregungen der Stadtratsfraktion vom August 2020 - im 2. Halbjahr 2022 kritisch zu reflektieren sowie Vorschläge für eine Weiterentwicklung zu erarbeiten. Die Ergebnisse sollen im 1. Halbjahr 2023 im Rahmen einer Klausurtagung beraten und zu einer strategischen Zielausrichtung führen. Im Anschluss daran sollen die vorgenannten Konzepte und Satzungen in enger Abstimmung z.B. mit dem Nahverkehrsplan und dem Klimawandelanpassungskonzept in eine abschließende Bearbeitung und Beschlussfassung gehen.

Parallel dazu werde man Formen der Parkierungsangebote in den Quartieren wie in LD bzw. MZ (mit Quartiersgaragen) oder Stadtrandparken mit P+R-Angeboten aufgreifen und dem Rat vorschlagen. Inwieweit eine Verdrängung in die Randbereiche zielführend ist, muss beleuchtet werden.

Herr Oehlmann hält einen Vor-Ort-Termin oder ein Treffen mit Vertretern aus LD für sinnvoll, daher unterstützt die FDP den Verwaltungsvorschlag. Das Konzept in LD sieht er nach eigenen Recherchen eher negativ.

Herr Ableiter thematisiert das Parken von LKW im Stadtgebiet. Die An- und Ablieferung von Waren erfolgt mit LKW. Es besteht in Speyer nirgendwo eine Möglichkeit für die Fahrer, ihre Fahrzeuge abzustellen, ebenso fehlen Möglichkeiten für die persönliche Hygiene. Bei der hohen Quote von Logistikunternehmen in der Stadt ist das unbedingt notwendig und z.B. im Bereich der ehemaligen Kaserne möglich.

Nach Ansicht von Herrn Dr. Moser ist das Landauer Parkbewirtschaftungskonzept sehr interessant für die CDU. Online ist sehr wenig Kritik darüber zu lesen. Das P+R-Parken auf dem Polygongelände braucht Mobilitätsstationen, ebenso im Innenstadtbereich.

Die Vorsitzende fasst zusammen, dass die Verwaltung den Antrag noch erweitert hat. Neben Landau kommt auch Mainz mit den Quartiersgaragen bei den Terminierungen in Betracht, um in der Klausurtagung ein gemeinsames Modell entwickeln zu können. Auch der Radverkehr und Fahrradabstellplätze spielen eine wichtige Rolle.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Konzept zur Parkraumbewirtschaftung zusammen mit dem Anwohnerparkkonzept und der Parkgebührensatzung (Stand Dezember 2012) - unter Berücksichtigung der Anregungen der Stadtratsfraktion vom August 2020 - im 2. Halbjahr 2022 kritisch zu reflektieren sowie Vorschläge für eine Weiterentwicklung zu erarbeiten. Die Ergebnisse sollen im 1. Halbjahr 2023 im Rahmen einer Klausurtagung beraten und zu einer strategischen Zielausrichtung führen.

Gegenstand: Beschilderung der Grabstätte von Bundeskanzler Helmut Kohl im Adenauerpark; Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 11.06.2022
Vorlage: 1126/2022

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Dr. Wilke begründet den Antrag. Es jährt sich der 5. Todestag und viele Besucherinnen und Besucher finden die Grabstätte nicht, weil sie diese am Dom vermuten und die Wegführung nicht ausreichend sei. Der Adenauerpark sei zwar ausgeschildert, jedoch nicht die Grabstätte des Altbundeskanzlers.

Die Verwaltung teilt diese Auffassung nach Ausführung der Vorsitzenden nicht und sieht die Beschilderung zur Grabstätte von Altbundeskanzler Helmut Kohl als ausreichend an. Hierzu steht neben analogen auch digitale Wegweisung zur Verfügung.

Diese sind im Einzelnen:

1. Ein touristisches Leitsystem in Form von Metallstelen mit Stadtplan und textlichen Hinweisen im Zentrum der Stadt. Fünf dieser Metallstelen an touristisch relevanten Orten (Bahnhof, Domgarten, Domplatz/Historisches Rathaus/ Maximilianstraße Ecke Sämergasse) wurden in den letzten drei Jahren erneuert. Dabei wurde der Standort der Grabstätte auf dem Plan im Adenauerpark deutlich erkennbar markiert.
2. Im touristischen Stadtplan von Speyer (Auflage jährlich: 45.000 Exemplare), der in der Tourist-Info kostenlos an Besucher*innen ausgegeben wird, ist die Grabstätte in der Kartographie und mit einem textlichen Hinweis einschließlich der Öffnungszeiten des Adenauerparks vermerkt.
3. In der Broschüre „Speyer auf einen Blick! – dein perfekter Kurzurlaub!“ (Auflage 5.000 Exemplare) ist ein Hinweis auf das Kohl-Grab aufgeführt.
4. Die Neuauflage der Imagebroschüre der Stadt Speyer, die in diesem Sommer erscheint (Auflage: 5.000 Exemplare) enthält einen deutlichen Hinweis auf die Grabstätte von Dr. Helmut Kohl.
5. Die Homepage der Stadt Speyer sowie die google-Suche führten unter dem Suchbegriff „Helmut Kohl Grab“ zu mehreren Treffern, die auf den Adenauerpark verweisen und auch auf das Grab von Helmut Kohl hinweisen.
6. Im Rahmen der Umsetzung des neuen digitalen Wegeleitsystems ist ebenfalls ein Hinweis auf das Grab im Adenauerpark geplant.

Die FDP sieht das durch Herrn Oehlmann ähnlich. Er regt jedoch an, vielleicht an den Zugängen zum Adenauerpark Hinweise auf den genauen Standort anzubringen.

Auch Herr Ableiter wird häufiger von Besuchern darauf angesprochen, vor allem von älteren Menschen. Deshalb hält auch er am Eingang des Parks einen kleinen analogen Hinweis auf die Grabstätte für sinnvoll.

Das Kohl-Grab ist laut Herrn Haupt Ruhestätte und gleichzeitig touristisches Ziel. Ein kleiner Hinweis sei denkbar, man solle aber keine Wallfahrtsstätte daraus machen und den Mann ruhen lassen.

Die Linke beurteilt die Lage durch Herrn Popescu wie die Verwaltung.

Nach Ansicht der SPD handelt es sich zwar um eine prominente Grabstätte, so Herr Gottwald, aber nicht um eine touristische Hauptsehenswürdigkeit der Stadt, ähnlich wie die Friedrich-Ebert-Grabstätte in Heidelberg.

Herr Dr. Wilke möchte keine Wallfahrtsstätte, sondern lediglich einen dezenten Hinweis auf die Grabstätte am Parkeingang. Wenn es am Ende auf eine solche Beschilderung am Adenauerpark hinausläuft, wäre das auch eine Lösung. Herr Dr. Nowack erläutert, von den ca. 12 Stelen im Innenstadtbereich sind noch nicht alle saniert; bei den neueren sind die Hinweise in jedem Fall vorhanden; dies wird zukünftig aber bei allen Stelen so sein. Außerdem werde über visuelle Touchscreen-Lösungen zur Tourist-Information in der Innenstadt nachgedacht.

Die Vorsitzende fasst die Beratung dahingehend zusammen, dass an den Eingangsbereichen des Adenauerparks eine entsprechende Hinweisbeschilderung auf die Kohl-Grabstätte angebracht wird.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 5 Gegenstimmen: Linke, AfD, WG Schneider), dass in Abänderung des CDU-Antrages lediglich an den Eingängen zum Adenauerpark Hinweisschilder zur Grabstätte von Helmut Kohl angebracht werden.

32. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 23.06.2022

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 8

**Gegenstand: Investiver Finanzhaushalt 2022; Übertragung von Ermächtigungen für die Auszahlung aus Investitionstätigkeit des Haushaltsjahres 2021
Ergebnishaushalt 2022: Übertragung zweckgebundener Erträge des Haushaltsjahres 2021
Vorlage: [1119/2022](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Stadtrat nimmt die Vorlage zustimmend zur Kenntnis.

32. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 23.06.2022

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen

Anträge auf Umbesetzung von Ausschüssen liegen nicht vor.

32. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 23.06.2022

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 10

Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO
Vorlage: 1121/2022

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

Gegenstand: Informationen der Verwaltung

1. Stiftungsrat Bildung und Sport

Die Vorsitzende informiert darüber, dass der Stiftungsrat alle 3 Jahre mit 5 Mitgliedern des Stadtrates zu besetzen ist, so auch 2022 wieder. Bedingt durch eine Veränderung der Fraktionsstärke verliert die AfD-Fraktion dabei ihr Vorschlagsrecht entsprechend Zählverfahren St. Laguë-Schepers, während der CDU-Fraktion ein zweites Mandat zufällt. Die Verteilung ist demnach: 2 CDU, 1 SPD, 1 Grüne, 1 SWG.

Die Stiftungsverwaltung wird die Fraktionen anschreiben und um entsprechende Personenvorschläge bitten. Wenn nur ein einheitlicher Wahlvorschlag vorliegt, kann nach § 40 GemO i.V.m. § 45 GemO eine Abstimmung per einfacher Akklamation erfolgen.

2. Aktion „Danke KITA“

Frau BM Kabs informiert über ein Button-Projekt WoLa-Elternausschusses, um Werbung für diese Berufsgruppe zu machen und die Wertschätzung dafür zum Ausdruck zu bringen. Interessanterweise ist die Schule der Diakonissen für Erzieherinnen und Erzieher gut ausgelastet und musste sogar schon Bewerbungen absagen. Alle sind aufgefordert, diese tolle Aktion zu unterstützen.

32. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 23.06.2022

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 12.1

Gegenstand: Wirtschaftsangelegenheiten

Beschluss:

Auf Empfehlung des Werkausschusses der Entsorgungsbetriebe Speyer (EBS) beschließt der Stadtrat der Stadt Speyer, dem Abschluss der neuen Mitbenutzungsvereinbarung zuzustimmen.

32. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 23.06.2022

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 13.1

Gegenstand: Personalangelegenheiten

Beschluss:

Auf Empfehlung des Personalausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig die Beförderung.

32. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 23.06.2022



32. Sitzung des Stadtrates 23.06.2022 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!